

**Interview mit Jürg Lymann, Präsident der Kantonalen Ärztegesellschaft St. Gallen**

## **«Wir setzen uns für die Interessen unserer Patienten ein»**

**Thomas Warzinek, Karen Peier-Ruser, Nadine Niederhauser und Orell Imahorn sind Ärztinnen und Ärzte – und wollen künftig auch als Nationalrätinnen und Nationalräte den Kanton St. Gallen vertreten. Präsident Jürg Lymann erklärt, warum die Kantonale Ärztegesellschaft diese Kandidaturen unterstützt.**

*Herr Lymann, warum sollen Wählerinnen und Wähler ausgerechnet Ärzte ins Bundeshaus schicken?*

Jürg Lymann: In der kommenden Legislatur werden in der Gesundheitspolitik wichtige Weichen gestellt. Das Parlament wird beispielsweise einen indirekten Gegenvorschlag zur Kostenbremse-Initiative der Mitte ausarbeiten.

*Ärztinnen und Ärzte haben kaum ein Interesse an einer Kostenbremse.*

Doch, selbstverständlich! Aber wir unterstützen nur jene Kostendämpfungsmassnahmen, die unsere gute medizinische Versorgung nicht gefährden. Wir wehren uns deshalb gegen die Idee, mit Sparmassnahmen im Voraus zu definieren, welche medizinischen Leistungen im folgenden Jahr gerechtfertigt sein sollen. Denn so würde der Zugang von Patientinnen und Patienten zu medizinischen Behandlungen eingeschränkt, auf die sie laut Krankenversicherungsgesetz Anspruch haben.

*Wie ist das zu verstehen: Medizinische Leistungen würden kontingentiert?*

Der Bundesrat möchte beanspruchbare Leistungen begrenzen, um willkürliche Kostenvorgaben bei der obligatorischen Krankenversicherung zu erreichen. Das ist verfassungswidrig und ganz sicher nicht im Interesse der Patientinnen und Patienten.

**«Es passiert einiges, aber nicht das Richtige.»**

*In aller Interesse müsste eigentlich eine konsequente Digitalisierung des Gesundheitswesens liegen. Wieso passiert da nichts?*

Es passiert einiges, aber nicht das Richtige. Nehmen wir das Elektronische Patientendossier: Ärztinnen und Ärzten möchten gerne auf diesem Weg ihre Behandlungsqualität weiter verbessern und die Patientensicherheit erhöhen. Dazu muss ein Elektronisches Patientendossier aber praxistauglich und in die Arbeitsabläufe integriert sein, es muss für alle einen Mehrwert bieten. Der aktuelle Vorschlag des Bundesamts für Gesundheitswesen erfüllt all diese Anforderungen nicht. Leider will das BAG nun mit einer Marketing-Kampagne Druck machen, statt die Problem zu lösen.

*Während wir gerne über Sinn und Zweck von Spitzenmedizin diskutieren, gehen uns im Pharma-Land-Schweiz banale Medikamente aus. Wer einen Schnupfen hat, muss sich wie zu Gotthelfs Zeiten helfen.*

In der Schweiz fehlten zeitweise über 1000 wichtige Medikamente, längst nicht nur banale Mittelchen. Antibiotika beispielsweise werden nur noch in Asien hergestellt, die Schweiz muss solche Präparate importieren, doch viele Medikamente wurden nicht mehr geliefert. Deshalb unterstützt die Ärzteschaft die von verschiedenen Organisationen getragene Versorgungsinitiative. Diese will Produktion und Lagerhaltung in der Schweiz stärken, zuverlässige Lieferketten aus dem Ausland installieren und die Kompetenz in diesen Fragen von den Kantonen an den Bund übertragen.

*In vielen Regionen wird es zunehmend schwieriger, einen Termin bei einer Ärztin oder einem Arzt zu bekommen. Gibt es zu wenig Ärzte?*

### **«Der Ärztemangel wird sich in den nächsten Jahren noch verschärfen.»**

Es gibt einen klaren Ärztemangel, der verschiedene Gründe hat. Auch gesellschaftliche Veränderungen – junge Ärztinnen und Ärzte möchten nicht rund um die Uhr erreichbare Alleinversorger eines abgelegenen Tals sein. Ein grosses Problem ist die Zulassungssteuerung, mit der bestimmt wird, welche Ärzte überhaupt gegenüber Krankenkassen abrechnen dürfen. Vor allem aber braucht es dringend deutlich mehr medizinische Studienplätze und Weiterbildungsplätze.

*Können Sie «deutlich mehr Studienplätze» konkretisieren?*

Wir benötigen bis viermal mehr Studienplätze in der Schweiz als bisher.

*Das dürfte ein unerfüllter Wunsch bleiben.*

Deshalb wird sich der Ärztemangel in den nächsten Jahren noch verschärfen.

*Wird der Arzt-Beruf dadurch noch weniger attraktiv?*

Leider, und das ist auch unnötigen staatlichen Eingriffen und Regulierungen zu verdanken. Zu einer optimalen und effizienten Gesundheitsversorgung würde gehören, dass Ärztinnen und Ärzte nicht laufend mit zusätzlichen administrativen Aufgaben belastet werden. Etwa unnötige Qualitätsnachweise und Statistiken, die niemandem nützen und teilweise auch gar nicht ausgewertet werden.

### **«Je mehr bürokratische Zusatzaufgaben uns überbürdet werden, desto weniger Zeit haben wir, um uns um Patientinnen und Patienten zu kümmern.»**

*Also vergraut die Politik künftige Ärztegenerationen.*

Wir Ärzte und Ärztinnen haben einen grossartigen Beruf, sofern wir diesen unter vernünftigen und fairen Bedingungen ausüben dürfen. Je mehr bürokratische Zusatzaufgaben uns überbürdet werden, desto weniger Zeit haben wir, um uns um Patientinnen und Patienten zu kümmern. Wenn wir eine breite Grundversorgung möchten, dann muss es wieder attraktiv werden, eine Praxis zu führen. Statt neue unnötige Hindernisse aufzubauen, sollten bestehende Hürden abgebaut werden. Sonst gibt es insbesondere in Randregionen bald keine Grundversorger mehr.

**«Wir setzen uns für eine breite Versorgung der Bevölkerung in guter und bezahlbarer Qualität ein.»**

*Vier Kandidierenden aus der Kantonalen Ärztesgesellschaft St. Gallen wollen in den Nationalrat einziehen. Sie stellen sich aber für unterschiedliche Parteien zur Wahl. Wo sind ihre Gemeinsamkeiten?*

Die Kantonale Ärztesgesellschaft St. Gallen bevorzugt keine Partei, unsere über 1000 Mitglieder haben unterschiedliche politische Ansichten. In der Gesundheitspolitik haben wir aber einen grossen gemeinsamen Nenner. Wir setzen uns ein für genügend Ausbildungsplätze und für gute Arbeitsbedingungen mit Verminderung der übertriebenen administrativen Vorgaben – damit wir mehr Zeit für unsere Kernkompetenzen freispielen können. Wir setzen uns für eine breite Versorgung der Bevölkerung in guter und bezahlbarer Qualität ein.



*Der Präsident der Kantonalen Ärztesgesellschaft St. Gallen, Jürg Lyman, erklärt, warum es mehr Ärztinnen und Ärzte in der Politik braucht.*